

Joseph de Weck

Im Umbruch: Frankreich

«Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren. Es ist die Zeit der Monster.» Dies ist ein Zitat des italienischen Philosophen Antonio Gramsci. Und es bringt die Situation in der Französischen Republik heute ziemlich genau auf den Punkt.

Nun, neben dem guten Essen und Wein ist es einer der Vorzüge des Lebens in Frankreich, dass die Politik in diesem nervösen Land selten langweilig ist. Aber im Moment erlebt unser Nachbarland wirklich eine besondere Zeit der enormen Umbrüche.

Emmanuel Macron ist immer noch der Hausherr im Elysée. Aber sein "politisches System liegt im Sterben". Und das Neue, ja das ist noch nicht ganz geboren. Frankreich befindet sich in einem dieser Momente der Gleichzeitigkeit, des Zwielichts, in denen alles im Fluss ist, aber es eben noch nicht klar ist, wohin die Reise geht.

Nun lassen sie mich zu Beginn mit ihnen vier Beobachtungen teilen, um das gegenwärtige französische Spektakel grob zu umreißen:

- 1. Erstens, nach 7 Jahren Macron geht es dem Land wirtschaftlich eher gut. Aber politisch sind die Franzosen so gespalten wie noch nie in der fünften Republik.**

Die Arbeitslosigkeit bei 7.3% ist historisch gesehen tief. Die Wirtschaft wächst nach wie vor um etwa 1 Prozent pro Jahr. Das sind nicht Rekordwerte, aber es ist immerhin besser als in der stagnierenden Bundesrepublik.

Nun, es ist Macrons Verdienst, dass er das Land aus seiner fast zwei Jahrzehnte andauernden wirtschaftlichen Malaise befreien konnte. Die Lockerung des Kündigungsrechts, die Reform der Arbeitslosenversicherung, mehr Investitionen: Macrons Politiken funktionieren.

Aber: Diese Entscheidungen hat Macron allesamt alleine und gegen den Willen der Mehrheitsmeinung top-down durchgeboxt. Die Straße begehrte immer wieder auf – wir denken an die Gelbwestenproteste oder an die besonders starke Streikwelle bei der Rentenreform – doch Macron ließ sich nicht beeindrucken.

Kurz: Nach 7 Jahren Alleinherrschaft des Emmanuel Macron haben es die Franzosen nun schlicht satt, dass der ehrgeizige Präsident andauernd Politik über ihre Köpfe hinweg macht.

Es rächt sich, dass der Technokrat Macron dachte, er könne die Franzosen vor allem für sich gewinnen in dem er Resultate liefert. Doch das reicht nicht.

Die Demokratie lebt ja auch davon, dass es den Menschen eine Mitsprachemöglichkeit gibt, ihn ernst nimmt als emanzipierten Bürger. Doch das tat Macron nie. Macron stand dazu, dass er alleine die Geschicke des Land leitet, und dies, obwohl er nie eine Mehrheit der Franzosen hinter sich wies. In dem ersten Wahlgang erreichte er nie mehr als 28% der Wählerstimmen.

2. Die zweite Beobachtung: Für sein Durchregieren hat Macron bei den Neuwahlen im Juli die Quittung erhalten.

Ein neues Parlament ist bestellt. Die Linke ist gestärkt. Der rechtsextreme Rassemblement National hat das beste Resultat seiner 50-jährigen Geschichte erreicht. Die Mitte ist hingegen geschwächt. Macrons Partei verlor massiv Sitze.

Im Grunde lässt sich das französische Wahlvolk nun in drei gleich große und relativ stabile Blöcke unterteilen.

Das linke Lager macht 30 Prozent der Wählerstimmen aus mit den wiedererstarkten Sozialdemokraten, den Grünen, aber auch der linksextremen »France Insoumise« und den Kommunisten.

Wiederum 30 Prozent sind Mitte-Rechts anzusiedeln, davon zwei Drittel bei Macrons »Ensemble«-Bündnis und ein Drittel bei den gaullistischen »Républicains«.

Und nicht zuletzt neigen ebenfalls 30 Prozent zum Rechtsaußenblock um den RN. Wie in den Niederlanden, Österreich oder der Schweiz ist ein Drittel der Wählerschaft Frankreichs auf Rechtsaußenkurs. Migration, Migration, Migration – das Thema dominiert den politischen Diskurs. Nicht unbedingt, weil die Migration besonders hoch ist, sondern vor allem weil konservative Milliardäre die Medien aufkaufen, und das Thema vollkommen aufblasen.

Nun, diese Dreiteilung des Parteienspektrums kennen wir mittlerweile in vielen europäischen Ländern. Aber für das politische System Frankreichs ist diese Entwicklung eine besondere Herausforderung.

3. Den – und hier komme ich zur dritten Beobachtung – die Franzosen sind sich eigentlich gewöhnt, dass das Leben vielleicht kompliziert, aber wenigstens die politischen Verhältnisse in ihrem Land klar sind.

Das Majorwahlrecht mit den zwei Wahlgängen bei den Wahlen ist eigentlich darauf ausgelegt klare Mehrheiten zu schaffen. Es herrscht das Winner-Takes-It-All Prinzip. Oft reicht es im zweiten Wahlgang bloß die stärkste Kraft zu werden, um eine Mehrheit der Sitze im Parlament zu ergattern. Es braucht daher keine Koalitionen, und keine mühselige Politik der Kompromisse.

So kannte Frankreichs fünfte Republik in der Vergangenheit zwei Grundmuster. Entweder waren das Elysée und das Parlament in der Hand der gleichen Partei. Dann

konnte der Hausherr im Élysée durchregieren. Frankreich war durch und durch eine präsidentiale Republik

Oder es gab eine *Cohabitation*: Präsident und Regierung gehörten nicht der gleichen Partei an und sie regierten gegeneinander. In diesem Fall war aber der Premierminister am längeren Hebel. Er entscheidet über Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- oder Migrationspolitik und hat die Budgethoheit – er entscheidet also über die Dinge, die für die Franzosen wirklich wichtig sind.

Doch nun sind die Franzosen so gespalten, dass selbst mit dem Majorzwahlrecht es keine klare Mehrheit im Parlament gibt. Weder der Präsident noch der Premier können also ein Powerplay aufziehen. Neuwahlen sind keine Option. Gemäß der französischen Verfassung dürfen bis im Sommer 2025 keine Neuwahlen stattfinden.

Es stehen nun also wirklich die Parlamentarier und die Parteien in der Verantwortung. Sie müssen nun selber Politik machen und die Kunst des Kompromisses lernen.

Die dringendste Aufgabe: Das Parlament muss ein Budget für 2025 beschließen, den die französischen Staatsfinanzen laufen aus dem Ruder.

4. Und das führt uns zur vierten Beobachtung: Frankreich ist gerade inmitten einer chaotischen Transitionsphase von einer präsidentialen zu einer parlamentarischen Demokratie.

Nun Gramsci sprach von Monstern, die plötzlich auftauchen, wenn alte Welten untergehen, und die neue noch nicht da ist.

Und so ist es auch in Frankreich. Die Transition von einer präsidentialen zu einer parlamentarischen Republik macht früher Udenkbares möglich.

Konkret: Mit dem vor drei Wochen ernannten Premierminister Michel Barnier hat Frankreich die erste Regierung ihrer Nachkriegsgeschichte, die von der extremen Rechten mitgetragen wird.

Barnier, der ehemalige EU-Verhandler für den Brexit, ist ein Konservativer. Die Linke lehnt ihn Rundwegs ab. Im Amt ist er also nur, weil die extreme Rechte ihn zurzeit toleriert. Und das ist ein absolutes Novum. Die Brandmauer ist vielleicht noch nicht ganz durchbrochen, aber es wird an ihr gebohrt.

Wer trägt dafür die Verantwortung für diesen Tabubruch? Macron und die Linke gleichermaßen.

Der Präsident hatte zuvor den Sozialdemokraten Bernard Cazeneuve als Premier ins Spiel gebracht. Aber die Linke wies Cazeneuve als zu mittig zurück und bestand auf

einer Suspendierung der Rentenreform und anderer vergangenen Macron-Politiken. Das akzeptierte der Präsident nicht. Macron ging also lieber einen schmutzigen Pakt mit Le Pen ein, um seine Wirtschaftsagenda zu retten.

Fassen wir zusammen: Ein unbeliebter Präsident, eine dreigespaltene Wählerschaft, ein dreigeteiltes Parlament und ein schwacher Premier von Gnaden der Rechtsextremen: All das gibt ein konfuses Bild ab.

Ehrlich gesagt, habe ich noch nie in meinem Leben die Pariser Eliten so orientierungslos gesehen. Jeder hat seine eigene Theorie wie es in den nächsten Monaten mit dem Land politisch weitergehen wird. Es gibt Fragen über Fragen.

Wird Michel Barnier in diesem Herbst ein Budget verabschieden können? Oder werden die Rechtsextremen ihn stürzen, wenn er den Rotstift bei den Staatsausgaben ansetzt? Und wenn es aufgrund des anhaltenden Chaos zu Neuwahlen im Sommer 2025 kommt, hat dann die große Stunde des RN geschlagen?

Aber: Es gibt nicht nur große Risiken in diesen Zeiten des Umbruchs. Es gibt auch große Chancen für das Land und Europa.

Die Grundsatzfrage, an der alles hängt, lautet folgendermaßen: Kann Frankreich deutsch werden? Beziehungsweise: Können die Franzosen Parlamentsdemokratie und Kompromiss lernen?

Kurz gesagt lautet die Antwort: Nein. Oder genauer: Noch nicht.

Einerseits gibt es kulturelle Gründe: Es ist wahr, die Franzosen sind ein streitlustiges Volk, das lieber über Prinzipien als über Tagespolitik debattiert. Die Republik mit dem Moto *Liberté, Egalité, Fraternité* ist seit jeher ein idealistisches Projekt.

Politik in Frankreich ist weniger das Bohren dicker Bretter, sondern es geht vielmehr um Ideen, Worte und Kulturkampf. Dort sind Kompromisse per se schwierig. Und Kompromisse sind sowieso schlecht gesehen im Land, dass den Revolutionsmythos nach wie vor feiert. Es gilt als Verrat an den eigenen Ideen.

Oder wie es Cyrano de Bergerac, der Held in dem meistgespielten Theaterstück in Frankreich sagt: Kompromisse seien ein alter Feind, den man kämpfe ja auch für die Ehre und Sorge zur Idee und »nicht bloß für die Hoffnung auf Erfolg«.

Was für ein Gegensatz zur Bundesrepublik: In deutschen Talkshows sind Politiker meistens um Harmonie bemüht. Sie suchen intuitiv den Justemilieu der Kompromisse anstatt des unerbittlichen Schlagabtauschs. Die deutsche Gesprächskultur ist letztlich auf Entente aus.

Doch das Bild der kompromissunfähigen Franzosen ist auch eine Posse.

In der vierten parlamentarischen Republik (1946-58) konnten die Franzosen Kompromisse sehr gut. Und das Land war damals wirtschaftlich höchst erfolgreich.

Wenn Frankreichs Parlamentarismus etwas zurückhält, dann sind es heute viel mehr institutionelle Gründe und damit meine ich vor allem das Mehrheitswahlrecht.

Solange das Mehrheitswahlrecht gilt, hat jeder Politiker die Hoffnung, eines Tages allein die Macht zu erringen. Parteien verzichten also lieber auf eine Beteiligung an einer Regierung heute in der Hoffnung morgen als lupenreine Oppositionskraft die ganze Macht für sich zu haben.

Doch genau hier könnte sich in den nächsten Monaten einiges ändern. Es zeichnet sich ab, dass eine Mehrheit im Parlament eine Reform des Wahlrechts zum Proporz unterstützen könnte. Neuwahlen im Sommer nächsten Jahres könnten also schon unter dem neuen System stattfinden.

Frankreich hätte dann vollends den Schritt zu einer parlamentarischen Demokratie getan. Seine Politik würde plötzlich jener Deutschlands ähneln. Und solch eine Politik der Koalitionen würde dem tief gespaltenen Frankreich gut tun. Aus vier Gründen.

1. **Ein Proporzsystem könnte das Land befrieden, in dem es die Bürgerinnen und Bürger wieder stärker an ihrer Republik teilhaben lässt.** Es hat der Bundesrepublik nicht schlecht getan, dass ihre Regierungen zumindest bei Amtsantritt 50% der Bevölkerung hinter sich weiß.
2. **Wahlen zur Assemblée Nationale würden plötzlich so »langweilig« wie eine Bundestagswahl.** Den Franzosen, den Partnern in Europa würde ein französischer Urnengang keine schlaflosen Nächte mehr bereiten. Die Frage wäre bloß noch, ob RN nun 25 oder 30 Prozent der Sitze in der Nationalversammlung hätte.
3. **Proporzwahlen würden die zentristischen Kräfte stärken.** Die »Républicains« Mitte-Rechts müssten nicht länger fürchten, von dem RN geschluckt zu werden. Die Sozialdemokraten und Grünen könnten sich aus dem toxischen Bündnis mit der »France Insoumise« des Linksnationalisten Jean-Luc Mélenchon lösen, in das sie das heutige Wahlsystem zwingt.
4. **Gehen Konservative mit dem RN eines Tages Koalition ein, besteht zumindest die Chance, dass die demokratischen Institutionen gewahrt bleiben und die europäische Kooperation fortgeführt wird.**

Trotz der gegenwärtigen Chaos- und Übergangszeit stehen die Chancen also gar nicht so schlecht, dass Frankreich binnen eines Jahres jenen Siebenmeilenschritt zu einer gefestigten, integrativeren und gleichgewichtigeren Demokratie tut.

Doch wie es der Historiker Fritz Stern sagte: „Die Geschichte ist offen“ und es kann auch ganz anders kommen.

Wenn in den nächsten Monaten Barnier scheitert, politisches Chaos in Paris herrscht, und die Wahlrechtsreform scheitert, dann könnte das bei den Franzosen den Wunsch nach

klaren Verhältnissen hervorrufen. Die Gefahr besteht, dass in einem Jahr die Stunde des RN bei vorgezogenen Parlamentswahlen schlägt.

Dies vor allem auch, weil es höchst ungewiss ist, ob der *Front Républicain* noch hält. Gemäß dem republikanischen Pakt stimmen Mitte und Links Parteien im zweiten Wahlgang füreinander, um einen Sieg der Rechtsextremen zu verhindern.

Doch viele Linkswähler sind nun arg enttäuscht, dass Macron nicht eine Linke zur Regierungschefin ernannt hat, sondern den konservativen Barnier.

Hinzu kommt, dass der RN hat sich in vielen Wirtschafts- und selbst Außenpolitischen Fragen eingemittelt hat. Der RN will nicht mehr aus der EU austreten. Auch wollen sie in der NATO bleiben. Bei Mitte-Rechts Wählern bieldern sie sich als konservative, verantwortungsvolle Kraft an.

In einem Jahr könnte also Marine Le Pen am Ziel sein. Im besten Fall würde ein unruhiges Frankreich und ein verunsichertes Europa fünf Jahre auf der Stelle treten. Im schlimmsten Fall stürzt die Republik und damit die EU in die Dauerkrise. Wir können in der Fragerunde gerne darauf eingehen, was Le Pen für Rechtsstaat und Menschenrechte bedeuten würde.

Ich komme zum Schluss: Frankreich ist ein widersprüchliches Land. Meistens wählt es konservativ, aber es neigt zu Aufständen. Es steht außer Frage, dass das Land vor großen Umbrüchen steht, aber es ist schwierig zu sagen wohin.

Es gibt zwei Ausblicke. Einen sehr positiven. Gelingt die Transition zur parlamentarischen Republik gibt es eine Chance, dass Frankreich demokratischer, berechenbarer und befriedeter wird.

Gelingt dieser Schritt nicht, könnte in einem Jahr der RN die Regierungsgeschäfte leiten. Das wäre kein guter Ausblick für Europa. Vor allem auch würde das zu enormen Spannungen in der französischen Gesellschaft führen.

Wir müssen also den Franzosen die Daumen drücken.